

BUCHBESPRECHUNGEN

F. W. DEAKIN

DIE BRUTALE FREUNDSCHAFT

Hitler, Mussolini und der Untergang des italienischen Faschismus. Übersetzung aus dem Englischen von Karl Römer. Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln — Berlin 1964. 992 S., Ln. 36,— DM.

Das Kriegsbündnis zwischen dem faschistischen Italien und dem nationalsozialistischen Deutschland ist ein Gegenstand, in dem das Äußerste an Spannung, Intrige, Konflikt und Katastrophe enthalten ist. Deakin, ein Oxforder Historiker, bewältigt diesen Stoff meisterhaft. Erstens hat er ein ungemein großes, zum Teil unbekanntes, zerstreutes oder kaum zugängliches Dokumentenmaterial verwertet; insbesondere die Akten des italienischen und des deutschen Auswärtigen Dienstes und viele Akten der Nachrichtendienste. Zweitens versteht er es, dieses Material in flüssiger, aber doch in jedem Detail belegter Erzählung auszubreiten. Dabei werden die Spannung und das Interesse des Lesers eher gesteigert durch die Zurückhaltung des Autors bei der Kommentierung und bei der Bewertung des Verhaltens der handelnden Personen. Das Interesse wird von den Fakten und Akten selbst geweckt; beson-

ders durch das, was die handelnden Personen voneinander erzählen und übereinander denken. Auf diese Weise kommen auch die geistigen und moralischen Qualitäten dieser Personen sehr plastisch heraus.

Daß die deutsche Seite dabei schlecht abschneidet, überrascht nicht; vor allem die Spitzenfiguren *Hitler, Ribbentrop, Göring, Himmler*. Die deutschen Diplomaten und Militärs sind, was Einsicht in die Lage und geistiges Niveau betrifft, besser. Aber sie haben fast durchweg wenig Rückgrat und Zivilcourage, während es auf der italienischen Seite auf der Ebene der Minister und der Generale noch Auseinandersetzungen, Diskussionen und Konflikte auch im Verhältnis zu *Mussolini* selber gibt, der in gewissem Umfang rationalen Argumenten zugänglich war und solche Argumente auch Hitler gegenüber zur Geltung zu bringen suchte; allerdings vergeblich. Hochdramatisch sind die Versuche der Italiener, Hitler nach Stalingrad davon abzubringen, sich in die russische Front zu verbeißen, ihn zur Wirklichkeit und zu einer besonnenen Beurteilung der beiderseitigen Chancen und Kräfte zurückzuführen und den aussichtslosen russischen Kreuzzug zu beenden. Das vernünftigste Dokument, das dabei auf deutscher Seite entstanden ist, ist eine Denkschrift, als deren Autor der verstorbene deutsche Diplomat und Politiker *Hans Georg Pfeleiderer* identifiziert werden konnte; er ist nach dem Krieg besonders durch seine mutigen Vorschläge zur Ostpolitik bekannt geworden.

Die Darstellung Deakins umfaßt nur die Zeit vom Herbst 1942 an, also die Zeit, in der die Kriegslage sich ständig verschlechterte und infolgedessen das Bündnis immer mehr verfiel. Es ist hier unmöglich, eine Zusammenfassung des Werkes zu geben, das bei seinem großen Umfang doch gar nicht breit in der Schilderung, sondern außerordentlich gedrängt und substanzreich ist. Ein paar Einzelheiten seien aber doch, des besonderen Interesses halber, vermerkt:

Wenn man sich einen besonders konzentrierten Eindruck von der Hitlerschen Geistesart und Gedankenwelt verschaffen will, so lese man die beiden Briefe an den Duce vom Oktober 1942 (S. 61) und vom Februar 1943 (S. 221).

Aus dem Bericht eines italienischen Gewährsmanns der deutschen Botschaft in Rom vom Februar 1943 über die inneren Verhältnisse und die Stimmung in Italien: „Da der Faschismus ein totalitäres Regime ist, bietet er keinen Raum für spontane patriotische Reaktionen wie im Jahre 1917. Deshalb kann allein das Regime eine Wendung zum Besseren herbeiführen, wie es umgekehrt allein den Zusammenbruch der Heimatfront und die endgültige Niederlage unvermeidlich machen kann“ (S. 262). Das ist wahrhaftig eine gescheite Beobachtung, die sicherlich nicht von

einem gläubigen Faschisten stammt, sondern von einem, der wußte, daß ein Volk innerlich nur mitmacht, wenn es frei ist. Ein Regime, das sich auf Machtausübung und Disziplin gründet, sinkt in sich zusammen, wenn die Macht erschüttert ist. Daher auch „der luftleere Raum“, der nach dem Zusammenbruch in Tunis und der alliierten Landung in Sizilien (Mai 1943) um die faschistische Partei herum entstand.

Die besondere Sorge des faschistischen Regimes war, die nächste Generation für sich zu gewinnen. (Ein Problem, das bei uns wegen der kurzen Dauer unseres Tausendjährigen Reiches nicht akut wurde.) Dies ist offenbar nicht gelungen. Es hat sich gezeigt, daß die ideelle Basis des Faschismus zu hohl und zu schmal war; die Person *Mussolini* war kein ausreichender Ersatz. So ergab sich, daß bei den ersten großen Streiks im März 1943 in Turin und Mailand sogar Leute der faschistischen Miliz und Mitglieder der „Legion“, einer von der Partei und den Unternehmern geschaffenen Überwachungsorganisation, sich am Streik beteiligt haben (S. 268). Auch hat sich ergeben, daß die sogenannte korporative Idee ohne jede Realität geblieben war, jenes Versatzstück aus Pappe, mit dem das faschistische Regime sich einen antikapitalistischen Anschein zu geben versucht hat.

Eine weitere Beobachtung drängt sich auf: Alle Verfasser der zahllosen Dokumente, ob sie nun italienischer, rumänischer, ungarischer, türkischer, spanischer, französischer Herkunft sind, sprechen immer nur von den Deutschen, nie von den Nationalsozialisten. Von außen her gesehen, ist diese Unterscheidung, die wir so gerne treffen möchten, nicht getroffen worden. Es ist gut, sich das zu vergegenwärtigen, denn auch heute ist es, von außen gesehen, noch nicht viel anders. Die Welt belastet uns nach wie vor insgesamt mit dem Nationalsozialismus.

Dr. Richard Schmid

STUDIEN UND MATERIALIEN ZUR SOZIOLOGIE DER DDR

Herausgegeben von Peter Christian Ludz. Sonderheft S der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1964. 540 S., kart. 29,50 DM.

„Studien und Materialien zur Soziologie der DDR“ (die zum Teil in dem von Otto Stammer geleiteten Institut für politische Wissenschaft der Freien Universität entstanden sind) legen Ludz und seine sachverständigen Mitarbeiter vor. Das Buch, das einen ausgezeichneten Überblick über die Situation der Sozialforschung in der DDR gibt, ist in sechs Teile gegliedert: Theoretischer Bezugsrahmen; Beruf und Familie; Industrie und Betrieb; Schule, Universität und Forschung; Zum Funktionswandel der Ideologie; Soziologie und Philosophie. Schließlich enthält es noch eine wertvolle Bibliographie.

In seinem „Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft“ geht Ludz davon aus, daß die traditionelle Totalitarismustheorie sozialen Wandel und soziale Konflikte totalitär beziehungsweise autoritär verfaßter Gesellschaften bisher nur unzureichend begriffen hat. Seiner Auffassung nach wird in der Gesellschaft der DDR totalitäre Herrschaft mehr und mehr von autoritärer Herrschaft abgelöst. Am deutlichsten zeige sich das an den Schwankungen des Sanktionensvollzuges. An die Stelle dogmatisch gesetzter, in der Aufbauphase der DDR-Gesellschaft mit Hilfe von Willkür und Terror aufgezwungener Normen, träten heute neue Rechtsnormen, die wiederum mit Hilfe von Sanktionen durchgesetzt würden, die aber häufiger als unter totalitärer Herrschaft berechenbar seien, also weitgehend „rechtsstaatlichen“ Charakter hätten. Darüber hinaus verweise die „Interdependenz von Wandel der Ideologie und Wandel der Gesellschaft ... auf die Gemeinsamkeit gewisser Normen und Leitbilder von Partei und Gesellschaft. Diese Gemeinsamkeit ermöglicht es, auf den Wandel auch der totalitären Herrschaft selbst — und zwar zur autoritären Herrschaft — zu schließen“ (S. 50). Diesen Thesen kann wohl mit guten Gründen zugestimmt werden. Auch die anderen Arbeiten in diesem Buch stützen sie.

Ebenfalls von Ludz stammt der Beitrag „Soziologie und empirische Sozialforschung“. Mancher Leser mag überrascht sein, welche Fülle an empirischen Untersuchungen aus der DDR bereits vorliegen. Daß die Soziologie der DDR, wie übrigens auch für viele Wissenschaftler und Politiker in der Bundesrepublik, vor allem Herrschaftswissen ist, arbeitet Ludz deutlich heraus.

In ähnlicher Weise wurde auch die Kybernetik als Herrschaftstechnik nach anfänglicher Ablehnung rezipiert. *Wolfgang Görlich* schreibt in dem Aufsatz „Kybernetik und ‚Gesellschaftswissenschaft‘ in der DDR“, daß ihr instrumentaler Charakter sie „neutral gegenüber dem Bereich geschichtlicher, gesellschaftspolitischer und schon gar philosophischer Wahrheiten“ mache (S. 436). Tatsächlich kann die Regeltechnik der Kybernetik überall der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse dienstbar gemacht werden, wo Gesellschaftssysteme instabil werden. Nach Görlich offenbare die Notwendigkeit, die Kybernetisierung und damit die Stabilisierung der DDR-Gesellschaft durch die Befehlsgewalt der Partei mit den Machtmitteln des Staates durchzuführen, daß hinter dieser Notwendigkeit gerade keine objektiv realen Gesetzmäßigkeiten der Geschichte stünden (S. 438). Diese Behauptung halte ich für fragwürdig. Hier müßte man diskutieren, was „objektiv reale Gesetzmäßigkeiten“ heißen soll. Ohne Zweifel aber erlaubt die durch die Kybernetisierung der Industrie gewährte Freiheit lediglich „Rekreation der

Produktivkräfte“, nicht aber Muße im klassischen Sinn als ein der Nutzung entzogenes und von allem Zweckdienlichem befreites Tun. Solange die Sowjetunion und die Länder des Ostblocks Freizeit nicht in echte Muße verwandeln, haben sie das von *Marx* gesetzte Ziel nicht erreicht.

Hartmut Zimmermann untersucht den „FDGB als Massenorganisation und seine Aufgaben bei der Erfüllung der betrieblichen Wirtschaftspläne“. „Die Aufgabenstellung des FDGB ist... fremdbestimmt und ergibt sich erst aus seiner Einordnung in das vielfältige Organisationssystem der ‚Arbeiter- und Bauernmacht““ (S. 115). Wie auch die anderen Massenverbände habe er folgende Aufgaben: „1. Mithilfe bei der Überwindung überkommener Sozialstrukturen, der tradierten Wertesysteme und Verhaltensweisen; 2. Konzentrierung aller gesellschaftlichen Interessen und Bestrebungen auf den Betrieb und das ökonomische Geschehen; 3. Anerziehung der Arbeitsmoral und Förderung der Arbeitsleistung; 4. Vermittlung von Berufskennntnissen neben ideologischen Gehalten; 5. Sicherung der sich herausbildenden neuen Sozialstruktur einer keineswegs egalitären, sondern nach politischer Nützlichkeit und ökonomischer Leistung gestuften Gesellschaft; 6. Kampf gegen die Erstarrung der Gesellschaft in bürokratischen Formen“ (S. 118 f.). Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit stünden die Produktionsaufgaben. Als Funktionsträger „gesellschaftlicher Erziehung“ würden sie die Ablösung staatlicher Repressionsmittel durch „institutionalisierte soziale Zwänge“ ermöglichen. Gegenüber den Werkleitungen hätten die betrieblichen Gewerkschaftsorganisationen ein Informations- und Kritikrecht, aber kein Weisungs- oder Mitbestimmungsrecht. Gewerkschafter werden sich mit Recht besonders für diesen Beitrag interessieren.

Von den anderen Arbeiten verdient der Aufsatz „Aspekt von Hochschulverfassung und Hochschulwirklichkeit in der DDR“ von *Peter Menke-Gluckert* angesichts der Diskussion um die Hochschulreform Hervorhebung. Wer sich über die Zensuren orientieren will, die die Katecheten des Diamat in der DDR den Philosophen der Vergangenheit und Gegenwart erteilen, möge *Hellmuth Bittows* Ausführungen über „Geschichte der Philosophie und Philosophie der Geschichte in der DDR“ lesen.

Zwei Mängel seien angemerkt: 1. Fritz Kopp hat in seinen Erörterungen zur „Lassalle-Frage“ zwei Arbeiten von Georg Lukacs übersehen: „Die neue Ausgabe von Lassalles Briefen“, in: Grünbergs Archiv, 9. Jg. 1925 und „Lassalle als Theoretiker der VSPD“, in: Die Internationale, 8. Jg. 1927. 2. Die Broschur des Heftes ist schlecht; am Tag, an dem ich es auslas, löste sich die erste Lage.

Dr. Wilfried Gottschalch

A. GHANIE GHAUSSY

DAS GENOSSENSCHAFTSWESEN IN DEN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 2, Herg. von Prof. Dr. Egon Tuchfeldt. Verlag Rombach, Freiburg/Br. 1964. 341 S., 24,— DM.

HENRI DESROCHES

COOPERATION ET DEVELOPPEMENT

Mouvements coopératifs et stratégie du développement.

Herg. vom Institut d'Etude du Développement Economique et Social. Presses Universitaires de France, Paris 1964. 336 S., 17 FFr.

1895 wurde der „Internationale Genossenschaftsbund“ gegründet. In seinem ersten halben Jahrhundert erfaßte er fast ausschließlich Genossenschaftler der industriellen Welt. Die reichen, Jahrtausende umfassenden Erfahrungen und die großen Möglichkeiten genossenschaftlicher Einrichtungen in Asien, Afrika und Lateinamerika waren bis zum Ende des zweiten Weltkrieges kaum, bis zur großen Welle der Entkolonisierung nur unzureichend von Historikern und Theoretikern des europäischen Genossenschaftswesens erkannt worden. Erst die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Schnellentwicklung führten die jungen Länder der Dritten Welt mit den Genossenschaftsbewegungen der Alten Welt zusammen.

Im vergangenen Jahr erschienen gleichzeitig in Deutschland und Frankreich zwei Werke, die zum ersten Male systematische Übersichten über das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern boten. In Deutschland gab der 32jährige Afghane A. Ghanie Ghaussy, Dozent für Nationalökonomie an der Universität Bern, ein Buch über Funktionen der Genossenschaften in Entwicklungsländern heraus. In Frankreich veröffentlichte der Pveligionsoziologe, Theoretiker der kommunitären Bewegung und Direktor der Genossenschaftsschule in Paris, Prof. Henri Desroches, eine Studie über die entwicklungspolitische Strategie der Genossenschaften.

Beide Autoren führten mit einer historischen Übersicht in ihr Thema ein, Ghaussy mit einer Skizze der Geschichte des Genossenschaftswesens in Entwicklungsländern, Desroches mit einem Entwurf der europäischen Tradition.

In einer sehr straffen und schematischen Auswertung des umfangreichen Quellenmaterials des Internationalen Genossenschaftsbundes, prüft Desroches die Bewertung des Genossenschaftswesens als Instrument der sozialwirtschaftlichen Entwicklung und die Bedeutung der genossenschaftlichen Gruppenbildung im militanten Empirismus. Er umreißt eine Morphologie und Syntax genossenschaftlicher Mo-

delle, um aus der Vielfalt genossenschaftstheoretischer Ansichten zu den speziellen genossenschaftspolitischen Problemen der Entwicklungsländer zu führen. Aus diesem Problembereich wählt er drei Bereiche aus: die pädagogische Aufgabe des Genossenschaftswesens, die Rolle der Genossenschaften als Anreger der Selbstentwicklung, die Bedeutung des Genossenschaftswesens in der nationalen Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung.

Desroches kommt dabei zu einer Schlußfolgerung, die für Ghaussy Ausgangsstellung ist: „ . . . daß die modernen, den Wesenszügen einer bestimmten europäischen Epoche angelehnten Genossenschaften in ihrer Transplantation auf die Entwicklungsländer kaum gleiche oder ähnliche Ergebnisse zeitigen würden, falls ihre Formen und Funktionen nicht den Gegebenheiten dieser Länder angepaßt werden können.“

Mit diesen, für die Entwicklungsländer eigentümlichen Funktionen beschäftigt sich Ghaussy. Unter den generellen Funktionen der Genossenschaften greift er insbesondere die wirtschaftlichen und politischen Aufgaben heraus. Weniger ausführlich behandelt er die gesellschaftliche und erzieherische Wirksamkeit des Genossenschaftswesens. Einen eigenen Abschnitt widmet Ghaussy den speziellen Funktionen der Produktions-, Kredit-, Absatz-, Konsum- und Mehrzweckgenossenschaften. Zu Recht betont er die Rolle der Produktions- und Mehrzweckgenossenschaften, die in den Entwicklungsländern verhältnismäßig weiter verbreitet sind als in Industrieländern, wo Konsumgenossenschaften überwiegen.

Ghaussy kommt zu dem Schluß, daß die Entwicklungsländer erst im Stadium der Vorbereitung moderner Genossenschaften sind. Allerdings kann dieser vorgenosenschaftliche Zustand der Entwicklungsländer, der wahrscheinlich noch Jahrzehnte anhalten wird, in den Untersuchungen der beiden Autoren nicht die gebührende Beachtung finden. Dazu fehlt in der Literatur noch die hinreichende Unterlage vor allem sozialpsychologischer Monographien, die die Beeinflussung der Genossenschaften auf Verhaltensweisen der Bevölkerung sowie die entgegenlaufenden Strömungen staatlicher und individueller Bindungen und Initiativen verfolgen. In vielen Entwicklungsländern hat die — wenn auch sporadische — genossenschaftliche Empirie zu neuen sozialistischen Ideologienlehren beigetragen. Umgekehrt bleibt aber (von Israel, Jugoslawien und China abgesehen) noch die Rückwirkung der Ideologie auf das kommunitär-produktionsorientierte Verhalten der Bevölkerung aus. Die Untersuchung dieses Problems dürfte im Augenblick noch dringender sein als die Analyse der genossenschaftlichen Institution selbst.

Werner Plum

RICHARD PETERS
DIE GESCHICHTE DER TÜRKEN

Urban Bücherei, Bd. 54, W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart 1961. 224 S., kart. 3,60 DM.

Die Geschichte der türkischen Völker mit ihren vielfältigen Staatsgründungen gehört sicherlich zu den kompliziertesten Ereignisreihen, und ihre Anfänge liegen im Dunkel der Ungewißheit. Für die Alte Welt beginnen die Türkvölker vor allem mit dem Einbruch nach Kleinasien relevant zu werden; sie sind es bis heute — da die Türkei Partner der westlichen Verteidigung ist — geblieben. Richard Peters, der als Zeitungskorrespondent und Emigrant zehn Jahre in der Türkei zugebracht hat, zeichnet in großen Linien diese Geschichte nach und führt uns über die verschiedenen historischen Epochen und Ereignisse bis unter den Galgen des *Adnan Menderes*. Die Arbeit ist sicherlich verdienstvoll, und der Verfasser hat sie fraglos ehrlichen Herzens geschrieben. Doch wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß an sich lobenswerte Sympathie und Dankbarkeit gegenüber dem Gastland vergangener Jahre den kritischen Blick für die Realitäten der unmittelbaren Gegenwart streckenweise etwas getrübt haben. So vermögen wir leider nicht, alle Darstellungen über die jüngere Zeit widerspruchlos hinzunehmen.

Wenn wir dem Verfasser schon zubilligen müssen, daß er sein umfassendes Thema nicht uferlos ausspinnen konnte, so möchten wir doch auf einige Punkte hinweisen mit dem Wunsch, kritisch anzumerken und zu ergänzen.

Die Darstellung der Zeit *Atatürks* übersieht u. E. zwei entscheidende Fakten, nämlich einmal die Tatsache, daß der Gründer der Republik seine sozialen und politischen Reformen z. T. mit sehr gewaltsamen Methoden durchsetzte. Wir stehen nicht an, zuzugeben, daß dies der einzige Weg war, das Gewollte zu erreichen, möchten aber doch bemerken, daß die starken reaktionären Kräfte, auf die sich *Menderes* später stützen konnte, beweisen, daß die „Überzeugungsarbeit“ *Atatürks* offenbar nicht sehr in die Breite und Tiefe gegangen war. Zweitens wurde die interessante Wirtschaftspolitik *Atatürks* nicht klar genug gesehen: Er baute eine Staatswirtschaft mit Entwicklungsauftrag auf, nachdem ein zehnjähriger Versuch, eine Industrie auf dem Boden der Privatinitiative ins Leben zu rufen, gescheitert war.

Die Schilderung der Gegenwart der Türkei, die angesichts der politischen und ökonomischen Rolle, die das Land heute spielt oder zu spielen wünscht, auf besonderes Interesse stoßen dürfte, weist vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet einige erhebliche Fehlteile auf, die sich möglicherweise aus der Verwendung

ausschließlich türkischer Quellen erklären. Der Autor gibt als Ergebnis der kurzfristigen Einfuhr von 40 000 Traktoren die Erweiterung der bestellten Bodenfläche um 46 vH an. Es muß hinzugefügt werden, daß diese, ohne entsprechende Unterweisung der Bauern eingesetzte Technik dazu geführt hat, daß heute rund vier Millionen Hektar türkischen Bodens stärkstens von der Erosion bedroht sind, was die „Großtat“ der Regierung der 50er Jahre sofort in einem anderen Licht erscheinen läßt. Die Behauptung, es gäbe in der Türkei ein Netz von Allwetterstraßen, ja Autobahnen, trifft nicht zu. Wenn der Autor meint, die Türkei sei nur auf wirtschaftlichem Gebiet „in gewissem Sinne“ unterentwickelt, so übersieht er, daß es heute noch immer mehr als 50 vH Analphabeten gibt, und daß die Regierung auch heute noch in manchen anatomischen Dörfern Zwangsmaßnahmen ergreifen muß, um die Einschulung der Kinder durchzusetzen. Die Meinung schließlich, daß die Türkei insofern als krisenfest gelten könne, „als genügend Lebensmittel im Lande für eine anspruchslose Bevölkerung produziert werden“, kann nicht aufrechterhalten werden, wenn man den Bericht der FAO kennt und weiß, daß das Nahrungsdefizit gegenwärtig selbst bei guten Ernten 0,5 bis 0,7 Millionen Tonnen Getreide beträgt und selbst, bei sinnvoller Verwendung der Entwicklungsbeihilfe in den nächsten zehn Jahren erheblich ansteigen wird. Dies alles ergibt sich einwandfrei aus einem Vergleich des Bevölkerungswachstums und der Entwicklung der Nahrungsproduktion im Lande.

Niemand ist mehr bereit als Deutschland und der Westen, den Türken bei der Überwindung dieses Engpasses zu helfen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben aber deutlich gezeigt, daß es auch der wohlmeinendsten Regierung in Ankara nicht erspart bleiben kann, drastische Strukturänderungen gegen einen großen, aber unzureichend urteilsfähigen Bevölkerungsteil durchzuführen. Ohne diese Maßnahme wird die Türkei ewig ein Sorgenkind ihrer euro-amerikanischen Wahlverwandten bleiben.

Dr. Wolf Donner

MAX B E L O F F

NEUE DIMENSIONEN
DER AUSSENPOLITIK

England, die NATO und Europa. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1961. 318 S., Ln. 16,80 DM.

Einer der besten Europakenner Englands — es gibt deren gar nicht so viele — legt nach dem ungemein anregenden Protokoll einer Diskussion um „Europa und die Europäer“ hier eine Spezialstudie über den Einfluß des Netzes internationaler Organisationen auf die Verwaltung und das politische System Großbritanniens vor, und damit zugleich über des-

sen Stellung zur NATO und der Einigung Europas seit 1945. Sie ruft noch einmal in Erinnerung, daß die „Konzeption eines- Englands, dessen Identität in irgendeiner europäischen Union aufgehen würde, niemals in irgendwelchen einflußreichen Kreisen als ein in sich wünschenswertes Ziel ernsthaft unterstützt worden“ ist (S. 22), ganz im Gegensatz zur Bundesrepublik, die deshalb auch bereit war, beträchtliche Opfer zu bringen, wie es damals schien.

Nur widerstrebend nahm schon *Bevin* an den Beratungen zur Gründung des Europarates teil und erreichte auch, daß die Kompetenzen der beratenden Versammlung, aus der am ehesten supranationale Impulse hervorgehen konnten, beschnitten wurden. Aber auch der spätere konservative Innenminister *Sir David Maxwell-Fyfe* erklärte am 28. November 1951 in Straßburg, „daß es völlig unrealistisch sei, von England zu erwarten, es werde sich einer europäischen Föderation anschließen, auf die sich die sechs Länder. .. hinbewegten“ (S. 96).

Europäischer Verteidigungsgemeinschaft wie Montanunion hielt England sich fern. An der Messina-Konferenz, von der im Mai 1955 die Initiative zur Gründung des Gemeinsamen Marktes ausging, war England zwar noch durch Beobachter beteiligt, stellte sich dann aber vollends quer zur Einigung Westeuropas. Es unterschätzte die den Römischen Verträgen vom März 1957 immanenten Triebkräfte, als es im November 1959 in Stockholm das Konkurrenzunternehmen der EFTA schuf. Hiermit ist der zeitliche Rahmen des Buches abgesteckt. Empfehlen sollte man es jenen, die allzu emotional auf de Gaulles Absage an England reagierten. Sie war auch durch englische Politik selbst vorgezeichnet.

Hermann Meier-Cronmeyer

HERMANN SCHREIBER

LAND IM OSTEN

Verheißung und Verhängnis der Deutschen. Econ-Verlag GmbH, Düsseldorf-Wien 1961. 424 S., Ln., 19,80 DM.

Das Ringen zwischen den Deutschen und verschiedenen Ostvölkern, meist Slawen, um die Landgebiete zwischen Elbe und Weichsel und den südosteuropäischen Raum hat dort in den letzten tausend Jahren einen, wenn nicht den wesentlichen Teil des Geschichtsablaufs ausgemacht. Darüber heute zu schreiben erfordert viel Takt, denn auf beiden Seiten ist das Blut in Strömen geflossen, weckt die Erinnerung Schmerz und Ressentiments. Hermann Schreiber, dessen Ahnen selbst aus den einst deutschen Ostgebieten stammen, spricht im Vorwort seines Buches davon, daß seine Vorstudien für das Werk für ihn ein „Wühlen in alten Wunden“ waren. Es ist ihm aber zuzugestehen, daß er den schwierigen

Stoff gemeistert und mit ebensoviel Offenheit wie gebotener Behutsamkeit das tausendjährige Mit- und Gegeneinander der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn dargestellt hat. Er versteht es, fesselnd zu schreiben, den Fluß seiner Erzählung durch gut gewählte Anekdoten und historische Beispielgebung zu beleben.

So ist ein gut lesbares und überdies mit vorzüglichen und instruktiven Illustrationen reich ausgestattetes Werk entstanden, das sich in seiner klaren Übersichtlichkeit und Verständlichkeit offenkundig an breitere Leserschichten wendet und vielen zu einer Korrektur ihres Geschichtsbildes verhelfen kann. Man lernt aus ihm, die Beziehungen namentlich zwischen deutschen und slawischen Menschen anders zu sehen und sich so von quälenden Ressentiments zu befreien. Denn der Autor erzählt nicht nur mit Freimut, wo und welche Fehler in diesen tausend Jahren auf beiden Seiten begangen wurden, sondern macht vor allem deutlich, wie sehr das aktuelle Vordringen des polnisch-slawischen Machtbereichs bis an die Oder eine unvermeidliche Reaktion bildet nicht nur auf die nationalsozialistische Barbarei in den Ostgebieten, sondern auch auf die antipolnische Unterdrückungspolitik des alten Hohenzollernstaates und seiner Junkerkaste.

Darüber hinaus weist aber Schreiber mit exakten historischen Belegen auch nach, wie es neben all dem kriegerischen Hin und Her durch die Jahrhunderte hindurch auch ein friedliches und harmonisches Zusammenleben und Zusammenwirken zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn gegeben hat. Nämlich überall dort, wo die Deutschen nicht als ausbeutende Kriegs- und Grundherren auftraten, sondern als selbstwerkende Bauern neben slawischen oder magyrischen Bauern siedelten. In einzelnen Randgebieten der Tschechoslowakei, in den Karpaten, in der ungarischen Tiefebene, in Siebenbürgen, Bessarabien, an der Wolga, überall war es so, wo namentlich im 18. Jahrhundert eine echte Bauernsiedlungspolitik eingesetzt hat. Daß Hermann Schreiber diese Unterscheidung zwischen dem Feindschaft säendenden Herrrendeschtum und den friedlichen deutschen Bauernsiedlungen nachdrücklich heraushebt und damit einen Weg aufzeigt, wie aus dem jahrhundertelangen Gegeneinander der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn eine friedliche Zusammenarbeit zur Bewältigung gemeinsamer Aufgaben in dem immer raumenger werdenden Europa entstehen könnte, gehört zu den einprägsamsten Vorzügen seines Buches, genauso wie die Gewissenhaftigkeit, mit der er die Verfälschung des Bildes vom Slawen durch allerlei Geschichtsklitterung aufdeckt, die leider in Deutschland schon lange vor der Zeit der nationalsozialistischen Barbarei und ihres dummen Rassenwahns üblich war.

Walter Gysling

KARL GARBE
SOLDBUCH

Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt am Main 1965. 237 S., Ln. 14,80 DM.

Wie haben eigentlich die Schüler, die Sechzehn-, Siebzehn-, Achtzehnjährigen, die Agonie des tausendjährigen Reiches erlebt, in die sie zur letzten Rettung hineingezogen wurden? Karl Garbe, 1927 geboren, war 1943 Luftwaffenhelfer, dann im Arbeitsdienst und als Panzergrenadier an der Ostfront; er geriet 1945 in amerikanische Gefangenschaft.

In den 17 Kapiteln seines vermutlich autobiographischen Romans beschreibt er, wie sich aus der damaligen Pennälerperspektive Nazismus, Krieg und Jungsein darstellten. Über jedem Kapitel steht als Leitwort ein Sprichwort, das durch das folgende Geschehen ad absurdum geführt wird. Er leistet hiermit eine ähnliche Arbeit wie *Léon Bloy* mit seiner „Exégèse des lieux communs“, in denen er die Gemeinplätze, die lieux communs, auseinandernimmt. Garbe geht mit dem deutschen Sprichwortschatz nicht weniger drastisch, aber leiser, hinterlistiger, schalkhafter um als Bloy. Da hat z. B. das 1. Kapitel „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“ als Motto. Beschrieben wird, wie ein SS-Mann, der wie der junge Luftwaffenhelfer (aller Wahrscheinlichkeit nach Jung-Garbe) in amerikanische Gefangenschaft geraten ist, versucht, seine SS-Tätowierung unter dem Arm loszuwerden. Er wird doch von den Amis gefaßt. Danach besteht die kleine Gruppe von Kriegsgefangenen, die sich in dem riesigen Lager zusammengefunden hat, noch aus sieben ehemaligen Landsern. Sie haben mit einem Kameraden einen Vertrag geschlossen. Er hat einen Hund: Fiffi, an dem er hängt; durch das Versprechen, ihnen den Hund in drei Wochen als Mahlzeit auszuliefern, bekommt er von jedem zwei Löffel der täglichen Wassersuppe für Fiffi. Der „Schwarze“, der sie zu diesem Vertrag gepreßt hat, ist das heimliche Idol Jung-Garbes. Als er ihn darauf ertappt, wie er ihm sein Brot klaut, bricht ihm zwar nicht seine bisherige Welt zusammen, aber er erkennt, daß er weder mit Sklaven noch mit Erpressern zusammenleben will.

Neben dieser Lagergeschichte, die der Junge erlebt, erinnert er sich an die Zeit, die diesen Wochen vorausging: „Die Daten seiner Vergangenheit, seine Erinnerung an Namen und Geschehnisse waren nur in seinem Kopf verzeichnet. Sein Gedächtnis verband ihn wie eine Nabelschnur mit der Welt, aus der er kam. Ein Kopf ist empfindlich — er hält die ganze Welt zusammen. Alles, was vorher gewesen war, und alles war er jetzt erlebte, blieb eingenäht in seine eigene Haut. Würde sie heil bleiben? Millionen Dinge konnten passieren. Und wenn nur eines davon wirk-

lich geschah, dann ginge diese ganze Welt eben unter. Ein Soldbuch hätte wenigstens bewiesen, daß da jemand gewesen war.“ Und dieses Soldbuch hat er nicht — und darum der Roman, darf man folgern.

Karl Garbe beschreibt auch die Welt der Pimpfe, die ihren Ausdruck fand in zackigen und stimmigen Sprüchen für jede Situation und Gelegenheit, die bis zuletzt ihre Zauberkraft behielten. Für den Jungen werden sie zum Schluß zweifelhaft. Wenn aber das letzte Kapitel „Frisch gewagt — ist halb gewonnen“ überschrieben ist, so heißt das wörtlich, daß er nur halb eine neue Welt gewonnen hat und um ihn die Sprüche weiterhin ihre Gültigkeit behalten, wie gestern bei Bloy, heute, als Garbe sich ihrer erinnert — und in Zukunft.

Der Roman ist gut erzählt. Die Idee mit den Sprüchen, die ja eine bestimmte „Dramaturgie“ beschwören, wird nicht immer ganz befriedigend realisiert; wo er aber den Gemeinplatz bis zur Gänze seiner Idyllik entkleidet, schafft er Exemplarisches.

Annemarie Zimmermann

HARRY WILDE
THEODOR PLIEVIER — NULLPUNKT
DER FREIHEIT

Eine Biographie. Verlag Kurt Desch, Wien-München-Basel 1965. 542 S., Ln. 26,— DM.

Der Schriftsteller Theodor Plievier, der vor zehn Jahren im Alter von erst 63 Jahren starb, ist vor allem durch seine große und bedeutende Roman-Trilogie „*Stalingrad — Moskau — Berlin*“ bekannt geworden, die im Jahrzehnt nach dem zweiten Weltkrieg entstand; für die Älteren unter uns sind auch seine Romane „*Des Kaisers Kulis*“ (1929) und „*Der Kaiser ging, die Generäle blieben*“ (1931) unvergessen, mit denen er das Erlebnis des ersten Weltkrieges und der damaligen Nachkriegszeit gültig gestaltete. Vom *Leben* dieses rebellischen Einzelgängers, von seinen Abenteuern auf ganz großer Fahrt um die Welt in seiner Jugend und von den nicht minder abenteuerlichen Emigrationsjahren in der Sowjetunion sowie von seiner inneren Entwicklung vom recht dilletantischen Wanderprediger und „Propheten“ der zwanziger Jahre bis zum bedeutenden europäischen Schriftsteller der Jahrhundertmitte weiß das große Publikum seiner Romane kaum etwas.

Über das alles kann man sich nun aus einer — etwas zu breit angelegten — Biographie unterrichten, deren Verfasser, Harry Wilde, Plievier durch dreißig Jahre hindurch nahestand und während einiger Jahre (vor 1933) sein Sekretär und „Materialbeschaffer“ war; diese Funktion gibt Wilde die Möglichkeit, uns in interessanter Weise über die Arbeitsmetho-

den Plieviers zu informieren, die wohl in mancher Hinsicht denen Zolas zu vergleichen sind; es ist recht wesentlich, auf diese Art zu erfahren, wie Plievier die Materialien für „Stalingrad“ und seine anderen historischen Romane gesammelt und verarbeitet hat. Auch über die politische Haltung und Entwicklung Plieviers erfährt man sehr viel Wissenswertes aus diesem Buch.

In ihrer Komposition zeigt diese Biographie freilich bedenkliche Schwächen: Auf ziemlich weite Strecken meint man eher eine Autobiographie Wildes als eine Biographie Plieviers zu lesen, und auch die weitschweifige und dabei recht subjektive Schilderung der Zeitereignisse und zahlloser Figuren, die mit Plievier kaum oder überhaupt nicht in persönliche Berührung gekommen sind, muß als zumindest überflüssig erscheinen. Aber trotz dieser Schwächen tritt aus dem Buch die imponierende Figur Plieviers plastisch und farbig vor den Leser, und das ist ein wesentlicher Gewinn. -*Dr. Walter Fabian*

HENRY J A E G E R

DIE BESTRAFTE ZEIT

Roman. Verlag Kurt Desch, Wien-München-Basel 1965. Ln. 18,50 DM.

Henry Jaeger, 1927 in Frankfurt geboren, kam als Fünfzehnjähriger zu Hitlers Flakhelferdienst, dann zum Reichsarbeitsdienst, zum Militär, in Gefangenschaft. Das war seine Jugend. Nachher versuchte er sich in verschiedenen Berufen, vergeblich. Er wurde kriminell und verbrachte zehn Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern. Dort begann er zu schreiben: Es erschienen von ihm die Romane „Die Festung“ und „Rebellion der Verlorenen“ und jetzt „Die bestrafte Zeit“ — ein Roman, dessen Thema der Strafvollzug in einem, westdeutschen Zuchthaus ist.

Jaeger beherrscht dieses Thema, ohne sich von ihm beherrschen zu lassen — er sieht es durchaus distanziert, wenn auch natürlich (und mit viel Grund) voller Kritik. Und er kann schreiben und erzählen, Menschen und Situationen plastisch schildern, kann sie in ihrer Sprache reden lassen und kann eine spannende Handlung logisch aufbauen und sich abwickeln lassen. Er hat etwas zu sagen, und nicht nur Negatives; er hat sein Buch dem evangelischen Strafanstaltspfarrer Dr. *Hans Kühler* gewidmet, der unter einem leicht veränderten Namen auch in dem Roman vorkommt und dort die Reformvorschläge vertritt, für die sich Kühler seit langem einsetzt. Das hat in der deutschen Öffentlichkeit bereits zu Diskussionen geführt und das Interesse der zuständigen Minister gefunden. Es ist also durchaus möglich, daß Jaegers Roman den Anstoß zu ver-

nünftigen, längst fälligen Reformen des Strafvollzugs gibt. Das wäre ein begrüßenswerter Erfolg eines lesenswerten Romans.

Dr. Walter Fabian

KORNEL F I L I P O W I C Z

TAGEBUCH EINES ANTIHELDEN

Roman. Carl Hanser Verlag, München 1964. 110 S., Ln. 5,80 DM.

„Ich jedenfalls habe kein Talent zum Helden. . . Ich lasse dabei ganz außer acht, daß für mich der Begriff ‚Heldentum‘ seit jeher mit der Vorstellung eines Wesens, das nicht ganz bei Verstand ist, verbunden ist. . . Ich spüre absolut kein Verlangen, mein Leben in die Schanze zu schlagen, oder den Tod herauszufordern, nur, um posthumen Ruhm zu erlangen . . .“

Konsequent nach dieser unheldischen Maxime verhält sich im „Tagebuch eines Antihelden“ des polnischen Erzählers Kornel Filipowicz (Jahrgang 1913) der „Held“ in den gefährlichen Jahren 1939—1945: er mogelt sich durch die Zeitgeschichte, die ihn im Grunde seines Herzens gar nichts angeht, er paßt sich stets den Siegern an, begeht ein paar kleinere und größere Gemeinheiten gegen Mitmenschen, gerät natürlich trotzdem einige Male in gefährliche Situationen, aber er überlebt — und das - ist das einzige, was für ihn zählt.

Der polnische Autor erzählt diese Geschichte eines polnischen Opportunisten und Antipatrioten ohne jeglichen Zorn, mit voller Gelassenheit und Objektivität, mit erstaunlicher Präzision und Souveränität: in gedrängtester Form ein Zeitgemälde von ungewöhnlicher Eindringlichkeit, ein hervorragend gekonntes Porträt eines Zeitgenossen, der sich allem ‚Heldentum‘ seiner Epoche versagt.

Dr. Walter Fabian

KLAUS MANN

KIND DIESER ZEIT

Eine Autobiographie. Nymphenburger Verlagshandlung, München 1965. 264 S., Ln. 16,80 DM.

Mit schöner Konsequenz führt die Nymphenburger Verlagshandlung die Neuauflage der Werke von Klaus Mann (1906—1949) weiter. Als dritter Band sind jetzt dort jene Kindheits- und Jugenderinnerungen erschienen, die der Dichter 1932 veröffentlichte und die so rasch von der braunen Flut weggeschwemmt wurden. Damals schrieb der Sechszwanzigjährige seine Erinnerungen bis an die Schwelle des Erwachsenseins, bis zu seinem 18. Lebensjahr, nieder — und da er meinte, es bedürfe der Rechtfertigung, so jung schon „Memoiren“ vorzulegen, nannte er das Buch „Kind dieser Zeit“ und betonte im Vorwort, er wage das

keineswegs, „weil ich gerade die Geschichte meiner Kindheit so auffallend interessant finde, sondern einzig und allein, weil die Geschichte einer Kindheit mir erzählenswert vorkommt, deren erste acht Jahre vor Ausbruch des Weltkrieges lagen, so daß die Revolution uns zwölfjährig, die Inflation sechzehn- und siebzehnjährig fand“.

Ein Zeitdokument also? Gewiß — aber durchaus nicht im Sinne einer entschuldigenden Einschränkung. Denn dieses kluge Buch bewahrt 33 Jahre später ganz für sich vollen Bestand, selbst wenn nicht der Name des Autors und seiner so intelligent wie ehrlich und liebevoll gezeichneten Familie (Thomas, Katja, Heinrich, Erika, Golo) und seines namhaften Freundeskreises (Familie Bruno Walter, Tilly Wedekind und Töchter, W. E. Süskind) außerdem unser literaturgeschichtliches Interesse fände. Das alles liegt doch am Rande unserer Anteilnahme; im Zentrum steht unsere Bewunderung für die Begabung eines Autors, der es, so jung, verstand, in so glückhafter Weise seine Kindheit rückblickend zu analysieren und zu reflektieren — und sie zugleich in ihrer ganzen Frische und Unmittelbarkeit vor unser Auge zu zaubern — im elterlichen Hause so gut wie im glänzend gezeichneten Milieu der Landerziehungsheime wie bei den „ausschweifenden“ Späßen und Vergnügungen der Epoche. Die Freude über diesen Dichter und sein Buch spricht auch aus dem herzlichen Nachwort, das der amerikanische Historiker *William L. Shirer* geschrieben hat.

Dr. Walter Fabian

GERDA ZELLENTIN

DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS DER EWG UND EURATOM

Interessenrepräsentation auf übernationaler Ebene. Verlag A. W. Sythoff, Leiden 1962, 209 ;S., 26,75 hfl.

Die zunehmenden europäischen Integrationsbestrebungen nach dem zweiten Weltkrieg und, die damit verbundene Gründung neuer übernationaler Organe und Institutionen haben im Laufe der letzten Jahre die Anzahl der Abhandlungen, Darstellungen und Untersuchungen über diese Thematik außerordentlich stark anwachsen lassen. Die Bemühungen dieser Verfasser reichen von populären und teilweise oberflächlich gehaltenen Broschüren bis zu ernsthaften und ernst zu nehmenden Darstellungen. Letzteren kann man vor allen Dingen dann nicht die Anerkennung versagen, wenn sie trotz hin und wieder auftretender Fehlinterpretationen einzelner Punkte erkennen lassen, daß das Untersuchungsobjekt in den großen Linien richtig gesehen worden ist.

Gerda Zellentin hat sich mit dem Wirtschafts- und Sozialausschuß der Europäischen Gemeinschaften EWG und EURATOM eine

gerade für den deutschen Leser interessante Institution ausgewählt. Ist doch in der Vergangenheit eine solche Interessenrepräsentation in der BR Deutschland diskutiert und — was wichtig zu wissen ist — von den deutschen liberalen Marktwirtschaftlern mit allergrößter Zurückhaltung betrachtet, wenn nicht sogar abgelehnt worden. Das hatte dann auch zur Folge, daß gegen die Auffassung der Regierung der BR Deutschland bei den Verhandlungen über die Verträge der Europäischen Gemeinschaften von den übrigen fünf Vertragsstaaten diese Institution schließlich durchgesetzt wurde.

Die Arbeit von Zellentin beginnt mit einem einleitenden Kapitel, in welchem die von 1946 bis 1956 gemachten bedeutsamen Vorschläge für europäische institutionalisierte Interessenrepräsentationen vorgeführt werden. Hier werden die „Haager Kongresse“ von 1948 bis 1953, die „Westminster Wirtschaftskonferenz“ von 1949 und die römische Sozialkonferenz von 1950 behandelt. Eine eingehende Würdigung erfährt ferner das Pendant des Wirtschafts- und Sozialausschusses — der Beratende Ausschuß der Montanunion.

Im zweiten Kapitel befaßt sich die Verfasserin gründlich mit den Vorgängen, die zur Entstehung des Wirtschafts- und Sozialausschusses führten. Neben der Darstellung der offiziellen Regierungsverhandlungen werden auch die Stellungnahmen der Verbände der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer deutlich gemacht. Es wird an der Institution des Wirtschafts- und Sozialausschusses klar, daß schon bei den Vorverhandlungen die im Laufe der letzten Jahre immer deutlicher gewordenen Gegensätze zwischen den integrationsfreundlichen Gewerkschaften und den sehr zurückhaltenen Industrie- und Arbeitgeberverbänden vorhanden waren.

Zellentin macht mit Recht auf S. 25 folgende Bemerkung: „Im Unterschied zu den Verbänden der Arbeitnehmer hatten sie (die europäischen Arbeitgeberverbände) zunächst auch kein so ausgeprägtes Bedürfnis nach offizieller Repräsentation, da sie ihren Einfluß durch etablierte Lobbykanäle wirksam werden ließen. Anders als die Gewerkschaften entwickelten sie keine besondere Initiative zur Schaffung eines WSR, sondern ‚spielten nur mit‘, wie ein Vertreter der UNICE bemerkte.“

In dem Kapitel über die Einsetzung des Wirtschafts- und Sozialausschusses wird sehr ausführlich auf die Probleme eingegangen, die sich bei der Designation der einzelnen Mitglieder und bei der funktionalen Gliederung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ergaben.

Bei der Benennung der nationalen Kandidaten ist bis heute noch nicht die Gefahr überwun-

den, daß - wie Zellentin richtig untersucht - die Regierungen ihren Ermessensspielraum dazu gebrauchen können, ihnen politisch angenehme Kandidaten vorzuschlagen. Kenner der Designation der deutschen Arbeitnehmer-Vertreter für die erste Amtsperiode des Wirtschafts- und Sozialausschusses wissen, daß es nach der Vorlage der Kandidatenliste durch die Arbeitnehmerverbände zu einer erheblichen Intervention der deutschen Bundesregierung kam.

Mit dem Urteil der Verfasserin über die dreiparteilige Repräsentanz durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und eine sogenannte dritte Gruppe im Wirtschafts- und Sozialausschuß können wir uns allerdings nicht einverstanden erklären. Es ist nicht einzusehen, weshalb aus den auf S. 77 dargestellten Verbandsstrukturen, -funktionen und -Verhaltensweisen nun der Tripartismus im Wirtschafts- und Sozialausschuß als Gliederungsprinzip folgen soll. Es ist darüber hinaus nicht einzusehen, weshalb er in der in Brüssel praktizierten Form auch noch als Fortschritt gegenüber der dreigliedrigen Struktur der IAO anzusehen ist, in der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Regierungen zusammensitzen. Der Gedanke in der IAO war doch schließlich der, den Verbänden durch eine den Regierungen gleichberechtigte Verhandlungsposition ein stärkeres Gewicht bei der Ausarbeitung sozialer Normen zu gewährleisten. Weshalb die gegenwärtig praktizierte Dreiparteilichkeit des Wirtschafts- und Sozialausschusses erwünscht ist und zum besseren Funktionieren supranationaler Organe „unerwünschte Macht- und Kräfteverhältnisse institutionell“ überwunden werden sollen, ist deshalb nicht einzusehen, weil dieser Vorgang ebensowohl zu einer Verwässerung der Meinungsbildung oder aber zur einer Verfestigung „unerwünschter Machtverhältnisse“ führen kann. Letzteres wäre z. B. dann der Fall, wenn in die sogenannte dritte Gruppe Persönlichkeiten delegiert würden, die als Verbandsvertreter zu den Arbeitgebern gerechnet werden können. Das aber würde genau zu dem Gegenteil dessen führen, was der Verfasserin vorschwebt.

In den Ausführungen über die Geschäftsordnung des WSA geht Zellentin auf die wesentlichen Fragen ein. Dazu gehören ihre Ausführungen über die Bildung der Gruppen, von denen richtig gesagt wird, daß sie de facto die wichtigsten Willensbildungsorgane des Wirtschafts- und Sozialausschusses darstellen. Des weiteren weist sie auf das von den Mitgliedern des WSA immer wieder aufgeworfene Problem der Stellvertretung und seine Vorteile hin. Eine zentrale Frage bildet ferner das sogenannte „Initiativrecht“. Die Verfasserin kommt zu dem richtigen Schluß, daß die augenblickliche Beschränkung der Tätigkeit des Ausschusses auf die Abgabe von Stellungnahmen zu Vorlagen der EWG- und

Euratom-Kommissionen sein Verantwortlichkeitsgefühl eher schwächen als stärken kann.

Mit der Übertragung des Initiativrechts - das heißt also mit der Abgabe von Stellungnahmen zu selbständig ausgewählten Fragen - könnte die Arbeit des Ausschusses wesentlich konstruktiver ausfallen.

Einige kritische Anmerkungen verdienen die Ausführungen über „die supranationale Lobby der Arbeitnehmerverbände“. Es ist nicht richtig, wenn die Verfasserin behauptet, daß erst die Enttäuschung über die gegenwärtige Konstruktion des Wirtschafts- und Sozialausschusses die europäischen Gewerkschaften veranlaßt hätte, „konkurrierende Einflüsse“ zu entwickeln. Die Bemühungen der freien Gewerkschaften, mit den Kommissionen der Europäischen Gemeinschaften in Kontakt zu kommen, sind sicherlich viel unabhängiger von der Entwicklung des Wirtschafts- und Sozialausschusses zu sehen, als es in der Arbeit dargestellt worden ist. Die Zusammenarbeit der Gewerkschaftsverbände mit den Kommissionen ist zum Teil vertraglich, zum Teil in EWG-Verordnungen begründet (siehe die Ausschüsse für den Europäischen Sozialfonds und die Freizügigkeit der Arbeitnehmer). Es hat sich auch im Laufe der Zeit herausgestellt, daß die Beratungen der EWG-Kommission mit den Verbänden eine legitime Angelegenheit geworden sind, die nichts mehr mit Lobbyismus zu tun hat. Wie anders könnte man es sich sonst erklären, daß sehr häufig Regierungen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gemeinsam an Konsultationen bei der EWG-Kommission teilnehmen oder die Ansichten der Verbände schon bei der Vorbereitung von supranationalen Urkunden in Anhörungsverfahren beachtet werden?

Diese Kontakte als Versuch der Gewerkschaftsfunktionäre anzusehen, am „kapitalistischen Gesellschaftsleben“ teilzunehmen, ist völlig abwegig. In diesem Zusammenhang hätte sich die Verfasserin ihren kleinen Querschläger von den „im übrigen recht wohlbestallten Funktionären“ ruhig sparen können (S. 156); er entspricht nicht dem sonst anerkanntwertigen Niveau des Buches.

Die Kapitel über das Verfahren der Ausarbeitung der Stellungnahmen, die Konsensbildung im Wirtschafts- und Sozialausschuß und die rechtliche und politische Stellung des WSA in den Europäischen Gemeinschaften runden die Arbeit ab.

Alles in allem zeichnet sich das Buch von Gerda Zellentin durch eine wohlüberlegte Anlage und die Gründlichkeit wissenschaftlicher Untersuchungen aus. Im Rahmen der unzähligen Europaveröffentlichungen hebt es sich zweifellos heraus und bietet nicht nur dem Europaexperten, sondern auch dem an diesen Fragen interessierten Laien anregende Lektüre.

Ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie ein Anhang, in welchem Abstimmungsergebnisse graphisch dargestellt und ein Organisationsschema des Sekretariats des Wirtschafts- und Sozialausschusses nach dem Stand von 1960 enthalten sind, ergänzen das Buch.

Bernt Heise

HANS-JÜRGEN SERAPHIM
THEORIE DER ALLGEMEINEN
VOLKSWIRTSCHAFTSPOLITIK

Grundriß der Sozialwissenschaft. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1963. 350 S., Ln. 28 DM.

Die vorliegende zweite Auflage der 1955 erstmalig erschienenen „Theorie der Allgemeinen Volkswirtschaftspolitik“ von Hans-Jürgen Seraphim ist vom Verfasser (kurz vor seinem frühen Tode) noch durchgesehen und zur Drucklegung für die obenangeführte Reihe freigegeben worden. Die Grundkonzeption der ersten Auflage ist dabei erhalten geblieben (sie geht auf Arbeiten aus der Vorkriegszeit zurück), wenn auch im Detail viel überarbeitet worden ist. Das entscheidende Anliegen des Verfassers blieb auch in der zweiten Auflage „die systematisch-theoretische Fundierung der Allgemeinen Wirtschaftspolitik“. Und dieses Anliegen soll konkretisiert werden durch den Versuch, eine Synthese zwischen der „ökonomischen, exaktquantitativ ausgerichteten Theorie“ und der (sogenannten) „anschaulichen Theorie“ zu finden.

Leider kann trotz des breiten methodologischen Teils dieser Versuch kaum als gelungen bezeichnet werden. Auch die Einführung der als Realtypen bezeichneten „wirtschaftlichen Grundgestalten“ und der Methode der „zunehmenden Abstraktion“ bewahren den Verfasser nicht vor der — bei allen Vertretern der historischen Schule auftretenden — Gefahr, statt Theorie eine Ansammlung von Fakten und Typen zu bieten. Es ist (zumindest im dritten Teil des Werkes) kaum zu sehen, daß diese „Synthese“ über Sombart oder Spiethoff hinausführt.

Auch im vierten Teil „Systeme wirtschaftspolitischer Zielsetzungen und Mitteleinsätze“ vermißt man sowohl die Behandlung neuerer Erkenntnisse über die Problematik verschiedener wirtschaftspolitischer Mittel als auch eine Auseinandersetzung mit der modernen Literatur. Da wird z. B. die These Sombarts von dem „immanenten Kapitalverwertungsinteresse der Unternehmungen“ (Seite 248) zu widerlegen versucht, ohne die umfassenden Untersuchungen *l. Robinsons* („The Accumulation of Capital“, London 1956) zu speziell diesem Problem zu erwähnen. Doch gerade die Erkenntnisse über die Kapitalakkumulation und ihre Bedingungen haben sich seit Sombart so entscheidend weiterentwickelt, daß dieses Pro-

blem in einem 1962 abgeschlossenen Buch nicht allein in einer Auseinandersetzung mit den Thesen Sombarts behandelt werden kann.

Das Werk Seraphims enthält einige begrüßenswerte Ansätze, die über die Einseitigkeiten der „Freiburger Schule“ hinausführen, so vor allem bei den Untersuchungen der „Bedingungen sozialökonomischer Machtpositionen“ und bei der Frage der Konformität wirtschaftspolitischer Mittel. Ein Ausbau hier und etwas weniger „Geschichte“ hätten aus dem für den Studenten nützlichen Lehrbuch auch einen Gewinn für die wirtschaftspolitische Praxis machen können.

Dr. Herbert Ehrenberg

KURZ ANGEZEIGT

„Gefahr im Verzuge. Zur Problematik der Notstandsgesetzgebung“, die für dieses Thema grundlegende Arbeit von Jürgen Seifert, die wir bei ihrem Erscheinen 1963 gewürdigt haben (GM 5/1963, S. 311 f.), ist jetzt in einer erweiterten Neuauflage in der Europäischen Verlagsanstalt, Frankfurt am Main, erschienen.

„Der totale Notstand“ ist der Titel einer soeben veröffentlichten Schrift, in der sich Eugen Kogon, Wolfgang Abendroth, Helmut Ridder, Heinrich Hannover und Jürgen Seifert klar und kenntnisreich zu den verschiedenen bedrohlichen Aspekten der Notstandsgesetzgebung äußern (Stimme-Verlag GmbH, Frankfurt am Main 1965, 72 S., brosch. 3,40 DM).

„Griff nach der Diktatur?“ heißt eine Schrift, in der Hans Heinz Holz und Paul Neuhöffer Texte, Kommentare und Stellungnahmen zur geplanten Notstandsgesetzgebung publiziert haben (Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1965, 192 S., kart. 5,80 DM).

Der Berliner CDU-Abgeordnete Ernst Benda hat in einer Schrift „Verjährung und Rechtsstaat“ die Verfassungsprobleme der Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen überzeugend dargestellt (Colloquium Verlag, Berlin 1965, 30 S., kart. 2,50 DM).

Auf die Frage „Verjährung?“ antworten 200 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer interessanten Dokumentation, die Simon Wiesenthal in der Europäischen Verlagsanstalt (Frankfurt a. M. 1965, 157 S., kart.) herausgegeben hat.

„Arbeiterkinder an deutschen Universitäten“ heißt eine aufschlußreiche Schrift des Tübinger Soziologen Ralf Dahrendorf, die als Heft 302/303 der Reihe „Recht und Staat in Geschichte und Gegenwart“ erschienen ist (Verlag J. C. B. Mohr, Tübingen 1965, 48 S., brosch. 4,50 DM).

In der Reihe der Kleinen Schriften zur Sozialpolitik und zum Arbeitsrecht, die das Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht e. V. in München herausgibt, ist von Staatssekretär Dr. Walter Auerbach eine wertvolle

Arbeit unter dem Titel „Vorausschauende Sozialpolitik — Sozialenquete und sozialpolitische Entscheidung“ erschienen (62 S., brosch. 3 DM).

Unter dem Titel „Demokratischer und sozialer Rechtsstaat“ hat *Arno Klönne* Dokumente zur Gewerkschaftspolitik, insbesondere die Wirtschaftspolitischen Grundsätze des DGB von 1949 und das Grundsatzprogramm des DGB von 1963, mit einer längeren Einleitung veröffentlicht (Verlag Pläne, Bochum 1964, 148 S., kart. 6,80 DM).

In der Reihe seiner „Arbeitsblätter für den Jugendfunktionär“ hat der Vorstand der IG Metall, Abteilung Jugend, eine Schrift „Deutschlands Nachbar Polen“ herausgegeben. Der Verfasser *Gerhard Schäfer*, Leiter der Hauptabteilung Erziehung bei Radio Bremen,

hat es ausgezeichnet verstanden, die historischen und aktuellen Probleme im Verhältnis zwischen Deutschen und Polen klar und vorurteilsfrei darzustellen. Die Literaturhinweise sollten bei einer Neuauflage ergänzt werden (es fehlen z. B. die wichtigen Bücher von H. J. Orth, Imanuel Geiss und Juliusz Mierozewski); auch sollte der Charakter der genannten Bücher jeweils mit einem Satz erläutert werden.

Eine Veröffentlichung unter dem Thema „Lehrerbildung — Wirtschaft — Arbeit“, mit Beiträgen von Dr. Fritz Arlt, Hannshenning von Holtzendorff, Peter Möhring, Prof. Dr. Hans-Hermann Groothoff u. a., ist als Heft 6 der Schriften der September-Gesellschaft (Frankfurt a. M., Holzhausenstraße 62) erschienen (55 S.). *W.F.*